



Stadt Ingolstadt Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit

Sitzungsort: Neues Rathaus, Großer Sitzungssaal, II. OG		Sitzung-Nr.: SVA/04/2021
Sitzungsdatum: Dienstag, 29.06.2021	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:00 Uhr

Teilnehmerverzeichnis

Vorsitz	
Bürgermeisterin Dr. Dorothea Deneke-Stoll	
Ausschussmitglieder	
Herr Stadtrat Robert Schidlmeier	
Frau Stadträtin Brigitte Fuchs	
Herr Stadtrat Albert Wittmann	
Frau Stadträtin Petra Volkwein	Vertretung für Herr Stadtrat Klaus Mittermaier
Herr Stadtrat Christian De Lapuente	
Frau Stadträtin Stephanie Kürten	
Herr Stadtrat Dr. Christoph Spaeth	
Herr Stadtrat Klaus Böttcher	
Herr Stadtrat Ulrich Bannert	
Herr Stadtrat Fred Over	
Herr Stadtrat Karl Ettinger	
Herr Stadtrat Georg Niedermeier	Vertretung für Herr Stadtrat Sepp Mißlbeck
Entschuldigt	
Herr Stadtrat Sepp Mißlbeck	
Herr Stadtrat Klaus Mittermaier	

Tagesordnung:

Eingangs der Sitzung findet die Beratung in nichtöffentlicher Sitzung darüber statt, welche Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung zugewiesen werden.

Öffentliche Sitzung	3
1. Statusbericht zu Großveranstaltungen	
- Mündlicher Bericht von Herrn Klein	3
2. Außengastronomie	
-Mündlicher Bericht-	9
3. Sportentwicklungsplan	
- Mündlicher Bericht von Herrn Diepold	10

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ordnungsgemäß geladen wurde und 13 Mitglieder erschienen sind. Der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit ist damit beschlussfähig.

Mit nachstehenden Änderungen zur Tagesordnung besteht Einverständnis.

Stadträtin Volkwein regt an das Thema „Außengastronomie“ als Punkt 2 zu behandeln.

Damit besteht seitens der Ausschussmitglieder Einverständnis.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gratuliert sie Herrn Tobias Klein zum Geburtstag.

Herr Klein stellt Frau Koch den Ausschussmitgliedern vor und informiert, dass sie für die Großveranstaltungen im Kulturamt verantwortlich sei.

Danach gibt der Ausschuss für Sport, Veranstaltungen und Freizeit seine Zustimmung zu vorstehender Tagesordnung.

Öffentliche Sitzung

Kenntnisnahme

1 . **Statusbericht zu Großveranstaltungen - Mündlicher Bericht von Herrn Klein**

Herr Klein führt aus, dass man sich in den letzten Wochen und Monaten relativ intensiv mit dem Rechtsamt und mit dem Gesundheitsamt ausgetauscht habe, um die Möglichkeiten abzustecken hinsichtlich eines Herbstvolksfestes, beziehungsweise eine Alternative eines Herbstfestes-light wie letztes Jahr. Die grundsätzliche Meinung auch seitens des Gesundheitsamtes, bzgl. des Infektionsschutzes sei definitiv, dass es eigentlich sehr gut geklappt habe im letzten Jahr, dass das eine sehr gute Herangehensweise war und das grundsätzlich die Zielrichtung sei, das zumindest so wie im letzten Jahr auch möglich zu machen. Dazu ergänzt Herr Klein, dass es einen sehr regen Austausch mit der Regierung von Oberbayern gegeben habe. Gemäß der aktuellen Infektionsschutzmaßnahmenverordnung seien Großveranstaltungen noch verboten. Alles über 500 Personen sei nicht erlaubt. Diese Verordnung laufe bis 14. Juli, und deswegen sei klar gewesen, man werde auf die neue Verordnung warten müssen um dann ins Detail einsteigen zu können. Ein Konzept auf dem man aufbauen könne gebe es bereits, um dann gemäß den Regularien eine Veranstaltung möglich zu machen. Herr Klein geht darauf ein, dass z. B. Nürnberg mit dem „Nürnbärland“ einen mobilen Freizeitpark ab 1 Juli mit 6.000 Besuchern plane, oder auch Neuburg habe ein Volksfest geplant, das jedoch noch nicht genehmigt sei. Insofern seien sehr viele Diskussionen bei den entsprechenden Bezirksregierungen aufgeschlagen, wie es mit den Volksfesten aussehe. Dies sei auch ein Thema der Kabinettsitzung am heutigen Tag, sofern passe diese Sitzung relativ gut. Herr Klein habe wie viele der Schausteller gehofft, dass es bei Volksfesten auch so gemacht werde wie bei Kultur- oder Sportveranstaltungen, denn da sei der Freistaat einen sehr guten Weg mit einem Rahmenkonzept gegangen. Heute um 13 Uhr habe es diese Kabinettsitzung gegeben, doch laut Pressekonferenz können Volksfeste weiterhin nicht stattfinden. Herr Klein erläutert ein Zitat des Ministerpräsidenten, dass Volksfeste nicht möglich sein, auch keine kleinen, gekoppelt aber mit der Aussage, dass zum Beispiel überregionale Märkte möglich seien und mit der Kombination das die jetzige Infektionsschutzmaßnahmenverordnung bis 28. Juli verlängert werde. Das bedeute, man müsse jetzt erst einmal mit der Aussage umgehen, dass ein Volksfest nicht gestattet sei. Erst bei einem maßgeblichen Impffortschritt im Herbst könne man wohl über Öffnungen in diesem Bereich nachdenken. Grundsätzlich ist Herr Klein aber der Meinung, dass ein abgeschlossenes Konzept mit Zugangsbeschränkungen etc. auch im letzten Jahr gut funktioniert habe. Herr Buchhold werde dann auch noch

etwas ergänzen. Herr Klein sei allerdings sehr gespannt, wie das in Nürnberg weiter gehe, denn sollte Nürnberg einen temporären Freizeitpark mit 6.000 Personen durchführen dürfen, dann würde er nicht verstehen, warum die Stadt Ingolstadt das im Herbst nicht auch dürfe. Man werde auf jeden Fall dranbleiben, auch mit der Zielsetzung, dass es unter aktuellen Bedingungen zumindest durchaus ein Thema sein könne welches man forciert und auch einen Termin mit den Schaustellern werde vereinbart, um die aktuelle Verordnung nochmal durchzugehen welche Möglichkeiten es gebe. Das bedeute, dass man im Moment nicht sagen könne, was machbar sein wird. Des Weiteren seien auch bezüglich des Bürgerfestes Anfang Juli Anfragen gekommen, doch das werde auch nicht möglich sein. Stand heute werde es keine Großveranstaltung geben können, nur die Kulturveranstaltungen seien nochmal von 1.500 Personen auf maximal 2.000 Personen erhöht worden.

Stadträtin Fuchs wirft die Frage auf, warum es in anderen Städten möglich sei und in Ingolstadt nicht, denn es sei zum Beispiel ein überregionaler Markt genehmigt worden. Des Weiteren möchte sie in Erfahrung bringen, wann Herr Klein mit den Schaustellern sprechen wolle, denn mehrere Stadträte seien in Kontakt mit Schaustellern und es sei noch nicht mit ihnen gesprochen worden. Stadträtin Fuchs ist verärgert, da die letzte Sitzung im April gewesen sei und die nächste sei erst wieder im Oktober und hakt nach, wann über das Volksfest gesprochen werden soll. Die Kommunikation zu den Stadträten funktioniere nicht so gut und sie bittet in Zukunft um mehr Informationen.

Herr Klein trägt vor, das eine Oktobersitzung für das Herbstfest zu spät sei, doch er könne heute keinen genehmigungsfähigen Plan vorlegen, da es nicht erlaubt sei und darüber seien auch die Schausteller informiert. Herr Klein bestätigt des Weiteren, dass er in Zukunft auch außerhalb der Sitzungen weitere Informationen an die Stadträte kommunizieren werde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, dass das Herbstfest wenn dann relativ kurzfristig organisiert werden müsse.

Frau Fuchs zeigt auf, dass es einen riesen Artikel im Donaukurier gegeben habe, in dem es um die Ingolstädter Kultur gegangen ist, doch es sei kein Wort über Volksfeste, Märkte, Schausteller geschrieben worden, obwohl vorheriges Jahr so viel gefordert worden sei. Es seien letztes Jahr 5 oder 6 Standorte in Ingolstadt vorgeschlagen worden, doch es sei nichts passiert außer den 4 Ständen, die in der

Ludwigsstraße stehen. Stadträtin Fuchs bittet darum, dass der ehemalige Volksfest- und Marktausschuss genauso behandelt werde wie die Kultur in Ingolstadt.

Herr Ettinger schließt sich der Bitte von Stadträtin Fuchs an. Ihm sei es auch sehr wichtig, mehr Informationen über Zwischenstände zu bekommen, auch wenn es keinen fertigen Plan gebe, würde ihn trotzdem interessieren, warum manche Sachen nicht möglich sein. Herr Klein möchte in Erfahrung bringen, wie die Zahlen sein müssen, damit ein Herbstfest stattfinden könne, denn auch der Christkindelmarkt komme immer näher.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Ansicht, dass durch Corona immer erst kurzfristig entschieden werden könne, was möglich sei und was nicht. Außerdem geht sie auf das Thema Schausteller ein und möchte die Vorwürfe, dass für Schausteller nichts getan werde zurückweisen, denn man sei ständig in Kontakt.

Herr Buchhold erklärt zur Frage von Stadträtin Fuchs, dass die Öffnungsschritte vom Kabinett vorgegeben sein und erst die Kultur, dann die Märkte, dann die überregionalen Märkte und dann erst Volksfeste zugelassen werden. Das Rechtsamt habe bereits Kontakt mit der Regierung Oberbayerns aufgenommen, um in Erfahrung zu bringen, wie Nürnberg eine solche Veranstaltung betreiben könne und Ingolstadt nicht. Die Regierung teilte mit, dass in dem Zuständigkeitsbereich, der dort gegeben sei, es sich um eine genehmigungspflichtige Veranstaltung handle, doch auch das in Ingolstadt nicht möglich sei, und auch die Voraussetzungen für Ingolstadt nicht genannt wurden. Herr Buchhold ist der Meinung, wenn es wo anders gehe, dann soll es auch in Ingolstadt gehen, zumal der Markt und das Konzept in Ingolstadt nicht so groß sei und erst im Herbst anstehe, und dann auch die Impfungen weiter vorangeschritten seien. Außerdem merkt Herr Buchhold an, dass die Rahmenhygienekonzepte immer sehr kurzfristig kommen und dem entsprechend auch gehandelt werden müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll erachtet es für sinnvoll, dass die Regierung in Mittelfranken und Oberbayern sich auf eine gemeinsame Linie einigen.

Herr Schidlmeier stellt klar, dass Corona außergewöhnliche Maßnahmen fordere und immer flexibel reagiert werden müsse. Die Werte und Impfungen zeigen es auf und all das müsse sich die nächsten Monate erst noch festigen, und erst dann könne gezielter und sicherer entschieden werden. Stadtrat Schidlmeier möchte noch in Erfahrung bringen, ob das Thema Christkindelmarkt in einer Sondersitzung behandelt

werden könne. Er ist der Meinung, dass man letztes Jahr schon ein gutes Konzept für den Christkindelmarkt gehabt habe, und dass das eine gute Basis für das weitere Vorgehen sei. Stadtrat Schidlmeier bittet des Weiteren um Auskunft, ob die Besucherzahlen beim Audi-Konzert begrenzt seien und wie das Konzept dazu passe.

Herr Buchhold erklärt, dass die Kabinettsitzung heute eine Erweiterung im Bereich Kulturveranstaltungen auf bis zu 1.500 Personen beschlossen habe, daher sei die Fläche wo das Audi-Konzert stattfindet ausreichend und entsprechend dem Hygienekonzept.

Stadtrat De Lapuente macht klar, dass sich jeder mehr Normalität wünsche und er hoffe, dass Veranstaltungen, egal ob es Volksfest heiße oder auch anders mit Hygienekonzept und mit Abstand stattfinden könne. Die SPD-Fraktion hält es für wichtig, alles, was möglich sei, zu organisieren, um den Schaustellern helfen zu können in der schwierigen Zeit aber auch den Menschen ein bisschen Normalität zu geben. Vielleicht bereite man was vor und organisiert etwas und stellt dann fest, dass es gar nicht möglich sei. Dann müsse das Ganze zurückgeschraubt werden, und dann war die Arbeit logischerweise für sie alle umsonst, doch die Hoffnung sei groß, dass es nicht umsonst sei, sondern man hoffe, dass ein wenig was möglich ist.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt die Meinung von Stadtrat De Lapuente und hofft, dass es möglich sei, ein Fest oder eine Veranstaltung mit Hygienekonzept durchzuführen, um auch für die Schausteller das Beste ermöglichen zu können.

Herr Wittmann bittet darum, dass man nicht den Stadträten E-Mails schreibe oder telefoniere, sondern dass das Gremium genutzt werde, um Informationen zu erhalten und wenn es neue Aussagen vom Ministerpräsidenten gebe, sei es auch wichtig eine Sondersitzung zu machen. Stadtrat Wittmann geht auf die Aussage vom Ministerpräsidenten ein, dass keine Volksfeste erlaubt seien, doch er verdeutlicht, dass man in Ingolstadt kein Volksfest wolle, sondern ein Herbstfest, denn dies sei für die Bevölkerung und die Schausteller wünschenswert. Bei den Schaustellern sei es bereits so, dass diese bei allen Stadträten anrufen und sich erkundigen was als Nächstes geplant sei, denn ohne Veranstaltungen gebe es auch kein Einkommen für die Schausteller. Außerdem teilt er die Meinung von Stadtrat De Lapuente, dass es nicht wichtig sei, wie die Veranstaltung heiße, sondern dass überhaupt eine organisiert werde. Eine Möglichkeit sei es zum Beispiel, einen überregionalen Markt ohne Festzelt zu organisieren, bei dem alle Schausteller mit ihren Angeboten Geld

verdienen können. Stadtrat Wittmann bringt den Vorschlag, dass auch gerne politisch in einer Ausschusssitzung unterstützt werden könne.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll hält es für sinnvoll, einen Ausschuss kurzfristig einzuberufen, wenn es neue Informationen zum Thema Veranstaltungen gebe, und auch sie ist der Meinung, dass der Name der Veranstaltung keine Rolle spiele.

Stadtrat Böttcher will in Erfahrung bringen ob jemand mit Neuburg in Kontakt sei, denn dort finde auch eine Art Volksfest statt.

Nach seinem Kenntnisstand, sei das Volksfest in Neuburg noch nicht genehmigt, so Herr Klein. Er geht darauf ein, dass er über die gleiche Zielsetzung sehr erfreut sei und man alles versuchen werde, um eine Lösung zu finden, um einen Markt oder Ähnliches zu organisieren. Im Moment sei es nur schwierig, eine Möglichkeit zu finden, denn man könne nicht gegen die Aussage der Regierung von Oberbayern handeln. Zudem sei ihm auch das Thema Kommunikation sehr wichtig und er halte es für sinnvoll, zum Thema Herbstfest und Christkindlmarkt eine Sondersitzung einzuberufen, sobald es neue Informationen und umsetzbare Lösungen gebe.

Herr Bannert führt aus, dass er sich der Meinung der CSU-Fraktion und SPD-Fraktion anschließe, denn es sei sehr wichtig, für die Schausteller eine Lösung zu finden. Zum Thema Christkindlmarkt bringt er den Vorschlag, das Gelände der Landesgartenschau, die im Herbst endet, zu nutzen und dort einen „Weihnachtsspaziergang“ zu organisieren. Das Gelände sei bayernweit bekannt und es seien Parkplätze und Busverbindungen vorhanden, deshalb sei es auch möglich, das Ganze touristisch zu vermarkten.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist der Ansicht, dass der Christkindlmarkt in erster Linie wieder in der Innenstadt mit dem Konzept, das bereits letztes Jahr erarbeitet wurde, stattfinden solle.

Herr Klein denkt, dass durch die Arbeit im letzten Jahr ein gut funktionierendes System und Konzept gefunden worden sei, welches gemäß den Möglichkeiten dann noch angepasst werden soll, wenn es keinen Lockdown mehr gebe es, auch rund um das Theater bleiben könne, denn das sei auch die Basis. Wie letztendlich die genauen Grundlagen sein werden, werde in den nächsten Tagen noch mit der ITK besprochen, um das Konzept in der Vermarktung noch einmal ins Detail zu bringen. Herr Klein weist darauf hin, dass es im Moment keine einjährige Vorlaufzeit gebe,

sondern man schnell reagieren müsse, sobald es vom Land oder Bund Änderungen gebe.

Stadtrat Wittmann merkt an, dass es zu honorieren sei, wenn es ein Konzept gebe, das man anpasse, doch keiner wisse, wie es im Herbst mit Corona aussehe. Außerdem finde er die Idee von Stadtrat Bannert gar nicht schlecht, denn der Christkindelmarkt habe letztes Jahr nicht stattfinden können, da es zu eng gewesen sei und die Hygienekonzepte nicht eingehalten werden konnten. Doch wenn ein Freizeitpark mit 6.000 Besuchern möglich sei, das dann auch ein Christkindmarkt auf dem Landesgartenschauengelände möglich sein müsste. Stadtrat Wittmann weist darauf hin, dass wenn die Regierung etwas gesagt habe, man trotzdem ein oder zwei Ebenen höher gehen solle und Vergleiche mit anderen Regierungen suchen soll, um auch wirklich alles zu prüfen. Doch das Bestreben sei das, wenigstens irgendetwas zu organisieren, egal ob im Sommer oder Herbst.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll ist auch der Meinung, dass die Idee von Stadtrat Bannert mit in die Diskussion aufgenommen werde soll und als zweite Option sehr gut sei, falls es in der Innenstadt nicht klappen sollte.

Stadtrat Bannert bittet darum, diesen Vorschlag ernsthaft zu überprüfen, denn er habe in anderen Städten nachgefragt und herausgefunden, dass diese einfach ein anderes Wort für Volksfest oder Christkindmarkt benutzen, und dann funktioniere es. Er hält es für sinnvoll, das Ganze noch vor der Sommerpause zu klären und dazu eine kurzfristige Sitzung einberufen, denn sonst werde es zu spät für diese Entscheidungen.

Stadträtin Volkwein tritt mit der Bitte heran, die Pachtverträge des Landesgartenschauengeländes rechtzeitig zu prüfen, um böse Erwachen zu verhindern.

Bürgermeister Dr. Deneke-Stoll hält die Prüfung auch für sinnvoll.

Herr Niedermeier gibt zu bedenken, dass es zu dem Gesundheitskonzept auch ein Sicherheitskonzept geben müsse. Nachdem die Landesgartenschau schließe und alles abgebaut werde, sei das Gelände von allen Seiten offen und er ist der Meinung, dass dort nicht für die nötige Sicherheit gesorgt werden könne.

Herr Wittmann widerspricht, denn ein Sicherheitskonzept sei nur erforderlich, wenn eine Menge an Menschen ganz dicht gedrängt beieinander sei, doch das sei auf

diesem Gelände nicht der Fall. Er ist der Meinung, das Ganze sei solide zu prüfen, denn so schlecht sei die Idee nicht.

Bürgermeisterin Deneke-Stoll bittet Herrn Buchhold noch den juristischen Teil vorzutragen.

Herr Buchhold legt dar, dass es sicherheitsrechtlich, hygienetechnisch als auch infektionsschutzrechtlich geprüft werden müsse. Er denkt, dass es allerdings sehr schwer werde, vor der Sommerpause eine Aussage von der Regierung zu bekommen, wie die Christkindmärkte im Dezember aussehen werden. Herr Buchhold weist darauf hin, dass man hinsichtlich aller Fragestellungen, die das Infektionsschutzrecht angehen, in Abstimmung mit der Regierungspräsidentin und der zuständigen Sachgebietsleitung des Gesundheitswesens sei und ein Austausch stattfinde. Er habe auch direkten Kontakt, sodass die Stadt immer die Aussage bekomme, die dann auch für die Regierung von Oberbayern nach außen gelte. Im Moment sei der stetige Wandel sehr problematisch und die Regierung wisse oft selbst nicht, wie es in zwei Wochen aussehe.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll informiert, dass, wenn es Änderungen gebe, eine Sondersitzung dazu einberufen werde.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme

2 . Außengastronomie -Mündlicher Bericht-

Stadträtin Volkwein erklärt, dass es sich um ein Restaurant auf der rechten Seite zum Beginn der Kanalstraße handelt. Dies habe den Außenbereich im Vergleich zu anderen um einiges vergrößert. Somit sei der komplette Gehweg mit einbezogen, welcher teilweise mit Bretterbalken belegt sei. Diese Maßnahme sei im Vorfeld mit einem Vertreter des Tiefbauamtes besprochen worden. Allerdings sei der Bezirksausschuss hier nicht informiert worden. Stadträtin Volkwein merkt an, dass der Fahrradständer nun auf der andren Seite der Kanalstraße auf dem Gehweg angebracht worden sei. Somit müssen die Fußgänger auf den Radweg ausweichen und zugleich die Radfahrer auf die Straße. Dies sei ihres Erachtens sehr gefährlich. Der Bezirksausschuss zeige sich sehr irritiert, da dies im Vorfeld nicht besprochen worden sei.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll teilt mit, dass es zu dieser Sondernutzungsthematik einen Beschluss gegeben habe, jedoch müsse sie sich die Örtlichkeiten vor Ort anschauen, um dazu etwas sagen zu können. Grundsätzlich sei dies jedoch ein Thema des Tiefbauamtes und deshalb gebe sie dies weiter.

Stadträtin Fuchs merkt an, dass in der Vergangenheit eine Besichtigung durch den Ausschuss stattgefunden habe, wenn die Bestuhlung erweitert werden solle. Dies sei meist abgelehnt worden.

Stadtrat Ettinger schließt sich seiner Vorrednerin an und regt vor einer Entscheidung an, sich die Gegebenheiten vor Ort anzuschauen.

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Kenntnisnahme

3 . Sportentwicklungsplan - Mündlicher Bericht von Herrn Diepold

Herr Diepold trägt einen Zwischenbericht vor und gibt Überblick über den Entwicklungsstand. Im Stadtrat am 14.12.2020 sei die Entscheidung getroffen worden, dass für die Stadt Ingolstadt ein Sportentwicklungsplan erstellt werden soll und es seien die geschätzten Gesamtkosten von 150.000 Euro beschlossen worden, um dann ein entsprechendes Planungsinstitut miteinbeziehen zu können. Daraufhin seien dann die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet worden, um im neuen Jahr über die Vergabestelle drei Angebote von renommierten Büros einzuholen. Durch Corona habe man etwas Zeit verloren, sodass jetzt erst die Angebote vorliegen und die Vergabestelle am 27.07.21 im Finanzausschuss die Beschlussfassung erwirken werde. Bei der damaligen Vorlage sei eine Bewertungsmatrix mitbeschlossen worden und nach dieser Matrix sei dann vorgegangen worden, um am Ende den günstigsten Anbieter zu finden. Der Zeitplan sei so, dass Ende 2022 ein Ergebnis vorliege und das Verfahren abgeschlossen sei, so dass dann in den entsprechenden Gremien die kompletten Themen, die den Sport in Ingolstadt betreffen, präsentiert werden können. Die ersten Schritte seien nun die Bestandsaufnahmen, Bürgerbefragungen, Vereins-, Schul- und Kindertagesstätten-Befragungen. Wenn diese Daten bekannt seien, werde man auswerten und bewerten und daraus dann insbesondere mit der Lenkungsgruppe, die damals beschlossen worden sei, Ziele formulieren, wie die Stadt Ingolstadt die nächsten 15 bis 20 Jahre im Bereich Sport aufgestellt sein müsse.

Stadtrat Schidlmeier bedankt sich bei Herrn Diepold für die Vorarbeiten. Er denkt, es sei ganz gut gewesen, dass es coronabedingt etwas länger gedauert habe, da jetzt alles durchgeplant sei und man in die Umsetzung gehen könne. Die Finanzmittel seien hinterlegt und die Haushaltslage könne besser eingeschätzt werden. Stadtrat Schidlmeier ist zuversichtlich, dass die Maßnahmen, die vorgeschlagen werden, auch erarbeitet werden können.

Herr Diepold stimmt Stadtrat Schidlmeier zu, dass die Maßnahmen finanzierbar sein müssen, denn es bringe nichts, Sportstätten auf dem Papier zu träumen, die am Ende nicht finanzierbar seien. Corona zeige auch gewisse Entwicklungen auf. In der heutigen Kabinettsitzung sei beschlossen worden, dass alle Grundschulkinder einen Gutschein bekommen sollen, um ein Jahr kostenfrei in einem Sportverein Sport beitreten zu können, um die Bewegung und den Sport wieder anzukurbeln. Das seien Maßnahmen, die möglicherweise auch auf kommunaler Ebene vorstellbar seien, die aber jetzt staatlich angestoßen werden. Diese Entwicklungen werde man ganz genau beobachten, um zu sehen, was im Bereich Sport und Bewegungsförderung noch getan werden könne.

Stadträtin Kürten möchte wissen, ob der Prozess der Ist-Abfragen nun beginne und mit der Lenkungsgruppe dann ein möglicher Wunschzustand entwickelt werden könne. Des Weiteren möchte sie wissen, ob es genaue Vorgaben gebe oder wie das in anderen Städten gehandhabt werde und wie lange die Bestandsaufnahmen dauern.

Herr Diepold trägt vor, dass die Bestandsaufnahmen bis ca. Januar / Februar 2022 dauern werden und dann beschlossen seien. Es sei auch wichtig, die Meinung der Bürger und Vereine zu kennen, bevor man in die Entwicklungsplanung einsteige. Dennoch müsse unterschieden werden, was Wunschvorstellungen seien und was wirklich dringende Bedarfe seien, deswegen habe man sich damals dazu entschieden, ein Planungsinstitut mit ins Boot zu nehmen. Vergleichswerte von anderen Städten seien ein wichtiges Kriterium zur Bewertung der eigenen Lage.

Stadträtin Kürten erkundigt sich, ob Bewegungsparks oder auch Spielplätze im weitesten Sinne auch zum Sport von Kindern und Jugendlichen zähle.

Herr Diepold erklärt, dass der vereinsungebundene Sport im öffentlichen Raum ganz bewusst betrachtet werde. Dieser habe gegenüber dem Sport in den Vereinen in den letzten Jahren deutlich mehr an Bedeutung gewonnen. Herr Diepold denkt, man sei in

Ingolstadt bezüglich Bewegungsparks nicht schlecht aufgestellt und man sei auf einem guten Weg mit der Realisierung dieser Angebote über die Bezirksausschüsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, es sei wichtig, eine bewegungsfreundliche Stadt zu werden und dass auch ältere Menschen betroffen seien, die spazieren gehen oder Radfahren wollen. Es sei trotzdem wichtig, sich im Zuge der Planung nicht zu viel vorzunehmen, denn auch die niederschweligen Angebote sollen mit Augenmaß betrachtet werden. Des Weiteren teilt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll mit, dass erfreulicherweise nicht nur die Vereinsmitgliedschaft von Kindern gefördert werde. Auch ein Förderprogramm mit einem Gutschein über 50 Euro für einen Kurs zum Erwerb eines Seepferdchens für Kinder im Grundschulbereich soll dazu beitragen, wieder in höherem Maße das Erlernen des Schwimmens zu fördern.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.